

Die Arbeiter haben nichts zu verlieren als ihre Ketten, aber eine Welt zu gewinnen!

Der neue

V. b. b.
Preis 12 Groschen

MAHRUF

Kampfblatt der Werktätigen

2. Jahrgang

Wien - Graz, Juni 1930

Nummer 2

Babst.

Am 13. Juni ließ Schöber den Ziabschei der Heimwehr auswerfen. Im bürgerlichen Lager wird enthüllt. So erzählt Kunschal den Ziurz Streeruwitz:

„Am 23. September hatte der christlichsoziale Klub beschlossen, die Regierung Streeruwitz bleibe. In den Wandelgängen des Parlaments ging Babst herum und prophezeite: Ehe die Sonne sinkt, ist Streeruwitz gestürzt und in drei Stunden später nahm die Regierung ihren Abschied...“

Wer ist Babst? Er ist einer jener Landsknechtführer, die unter der Leitung des Sozialdemokraten Südekum nach dem Umsturz im Baltikum auf eigene Faust den Krieg gegen Sowjetrußland fortsetzten. Er ist jener Mann, unter dessen Leitung Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ermordet wurden. Er war einer der obersten Organisatoren des Kapp-Putsch und war, fleißig verfolgt, von Steidle nach Oesterreich geholt worden. Und dieser Mann entschied über das Schicksal einer österreichischen Regierung. (So steht die „demokratische Volksherrschaft“ aus!) Aber es kommt noch schöner. Babst soll zur Bildung der Regierung Schöber entscheidend beigetragen haben. Und Priemer erinnert Schöber an die Zeit, wo er täglich bei ihm aus- und eingegangen sei. Schöber sagte damals zu Priemer:

„Ich (Schöber) betrachte mich als Schrittmacher der Heimwehrbewegung, die im Ausland von den Marxisten verleumdet wird, und es wird meine Aufgabe sein, diese Bewegung im Inlande zu akkreditieren und zu legalisieren...“

Was hat nun so jäh das idyllische Zusammenarbeiten zwischen der Regierung und den Heimwehren getrübt? Oder ist es etwa gar dem Halleluja der Sozialdemokraten zuzuschreiben, daß sich die bürgerlichen Parteien zur Demokratie besonnen haben? Die Sozialdemokratie ist an dem Zwist zwischen Schöber und Babst ebenso unschuldig, wie sie an dem Vordringen der Faschisierung Oesterreichs schuld ist.

Die Differenzen zwischen Heimwehrführung und den bürgerlichen Parteien liegen nicht in der Frage für oder gegen die Heimwehridee, sondern auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik, Außenpolitik und der daraus sich ergebenden Taktik.

Für oder gegen die Anleihe? Schöber und mit ihm das Gros der bürgerlichen lassen alle Mienen springen, um die Auslandsanleihe (100 Millionen Dollar) zu erhalten. Hinter Schöber stehen die Banken. Gegen Schöber und die Anleihe steht der Generaldirektor der Alpine, der Sprecher der österreichischen Industrie. Apold sagt: die Anleihe werde in kurzer Zeit verbraucht sein, ohne der Wirtschaft Nutzen zu bringen, übrig bleiben wird nur die Schuld und die Zinsenlast. Hinter Apold steht die Heimwehr. Daher der Sturm der Heimwehren gegen die Novellierung des Waffengesetzes, welches nur als

„Maßnahme notwendig erschr-
tracht kommenden Kreisen des P-
in die Aufrechterhaltung de-
unserem Lande zu führen.“
am 23. Mai)

Be-
werflicht
nung in
Schöbers

und sich in keiner Wei-
Gegenheit. In der ar
27. Mai heißt es:

„wegren richtet. Im
„auf gegen Steidle vom

„Mein Vernünftige wird in dieser Vorlage den von
Dr. Steidle getürchten „Streik gegen die Wehrfähig-
keit des bodenständigen Volkes“ finden.“

Wenn also die Steidle und Babst trotzdem gegen Schöbers „Entwaffnungsnovelle“ Sturm liefen, so nur zu dem Zweck, die diplomatischen Verpflichtungen Oesterreichs gegenüber dem Völkerbund zu hinterziehen, um so die Anleihe zu Fall zu bringen. In diesem Zusammenhang fordern die Steidle und Babst eine aggressive italienisch orientierte Außenpolitik im Gegensatz zur labierenden Taktik Schöbers.

Die Kornwürger Eidesformel und die Lösung Steidles „Partei ade!“ waren nur die äußersten Merkmale dieser Differenzen. Selbstverständlich hätte die Linie Apold-Babst für die bürgerlichen Parteien eine wie in der Verfassungskämpfern auf gewalttätigen Staatsstreik zugesetzte Innenpolitik vorausgesetzt.

Und hier liegen die Differenzen zweiten Grades. Die von der sozialdemokratischen Presse als „kräftig“ bezeichnete Rede des Innenministers Schumy am 23. Mai ist nichts anderes als eine Auseinandersetzung mit Babst-Steidle über die Taktik gegen die Arbeiterklasse. Derselbe Landbund, der im September auf der Heilbrunn Tagung sich zur Wehrmacht, zum Staatsstreik bekannte und das Heimwehrprogramm als sein Programm erklärte, mochte sich jetzt zum Wortführer der „friedlichen“ Entwicklung. In der erwähnten Rede sagt Schumy:

„Wenn die Regierung wirklich Langmut und Rücksicht gegenüber Ausfällen einzelner Heimwehrführer beklundet, so geschah dies nicht aus Schwäche, sondern aus Achtung vor der Heimwehridee... Auch unsere Verfassungswert ist, trotzdem es zweimal novelliert wurde, noch immer kein Idealgesetz. Daher bekenne ich mich zu dem Grundsatz einer allmählichen Fortentwicklung dieser Verfassung...“

Die Heimwehrführer wollen sich aus der Bevormundung der bürgerlichen Parteien lösen und sich selbständig machen. Dagegen wendet sich der Heimwehrflügel der Christlichsozialen, der Landeshauptmann von Vorarlberg. Ob Steidle-Priemer Exekution, wie Ender es fordert, machen oder nicht, der Streit im bürgerlichen Lager geht nicht um das Ziel, sondern um den Weg, der zum Ziel führt. Die geplante Wiedereinführung des in Ungarn, die gesteigerte Teilnahme der Aristokratie Oesterreichs am politischen Leben, die Interessen des Barikan, dessen Re-

präsident Selpel ist, lassen keinen Zweifel offen, wohin der Kurs geht.

Die Ausweitung Pabst ist eine Geste gegen Rechts, um gegen Links Keulenhiebe auszuverteilen. Die Bourgeoisie hat durch die Verfassungsreform die parlamentarische Macht der Sozialdemokratie gebrochen. Eine ernste Opposition oder gar deren Verbindung mit Massenkämpfen hat die Bourgeoisie von der Sozialdemokratie nicht zu fürchten. Die Postill des „Zauderns“, wie die „Arbeiter-Zeitung“ vom 15. Juni die sozialdemokratische Taktik nennt, zerlegt nicht die Gegner, sondern die eigenen Reihen. Der Unterschied zwischen Fabius Cunctator dem Heerführer der Römer, der Marthago besiegte, und Otto Bauer besteht darin, daß Cunctator sein Heer trotz seiner Zaudertaktik unversehrt erhielt, während Otto Bauer die Arbeiterschaft von Niederlage zu Niederlage führt, sie ideologisch und politisch demoralisiert. Das sich Ueberstimmenlassen der Sozialdemokraten gibt der Reaktion die beste Gewähr dafür, ihr Ziel, wie Schumy sagt: „in der organischen Fortentwicklung der Verfassung“ zu erreichen. Und so lange die Arbeiterschaft sich nicht durch große Massenkämpfe zur Wehr setzt gegen die Flut von Angriffen an allen Fronten des Klassenkampfes, wird der Faschismus siegen.

Die Schlappke, die sich Pabst-Steidle zugesogen haben, ist ihnen nicht von der Sozialdemokratie, sondern von Schober-Baugoin zugefügt worden, als Strafe für ihre Unbotmäßigkeit.

Leoben — Heimwehrzentrale.

Am 16. Juni fand in Graz im Beisein des Landeshauptmanns Kitzler eine Führerbesprechung der Heimwehren statt, die zur politischen Lage Stellung nahm. Besprochen wurde, die Zentrale der Heimwehren von Wien nach Leoben, dem Reich der Alpen, zu verlegen. Rintelen übernahm den Schutz der Heimwehrführer. Arbeiter Steiermarks, ihr steht auf Vorposten im Kampfe gegen den Faschismus. Sammelt euch zur revolutionären Abwehr.

Blutstillefeste.

Alljährlich strömen die revolutionären Arbeiter zu den Gräbern der am 15. Juni 1919 unter der Leitung Oberst erschossenen Arbeiter. Nicht nur zur Ehre der Toten, sondern auch zur Würdigung der Revolutionäre. Man ist von den Scharlatanen des FA. der AP. schon auf alles gefaßt, und trotzdem vermögen sie ihre Unverschämtheit immer noch zu übertrumpfen. Die Rede von Tomann war nichts als eine skrupellose Heze gegen den bei der Feier anwesenden ehemaligen Vorsitzenden des Soldatenrates Dr. Frey. Ohne uns auf die Geschichte des 15. Juni einzulassen, müssen wir feststellen, daß Frey von der AP. ausgenommen wurde und zwei Jahre Vorsitzender des Parteivorstandes war. Wenn nun die „rote Fahne“ vom 17. Juni von einer Blutschuld Freys spricht, so ist das eine politische Lumperlei, die ihresgleichen nur bei dem Revolverjournalisten Zandor Weiß findet. Die von Tomann und seinen Kreaturen verhetzten Arbeiterwehler ließen sich sogar zu Tuschleien gegen Frey und seine Anhänger hinreißen. Einigen besonnenen Genossen gelang es, das Allergste zu verhindern. Der Fraktionshaß, mit dem die Mitglieder der AP. erzogen werden, macht nicht einmal halt vor den Gräbern der Gefallenen des 15. Juni.

Soll erhalte, Soll beschäße . . .

Am 15. Juni fand in Wien eine von monarchistischen Organisationen veranstaltete „Gedächtnismesse“ für Trauz

Tagen bedroht die Bourgeoisie die Arbeiterschaft mit der Zerrammerung der Arbeitslosenversicherung, der Reduzierung der Mietzinse, der Entziehung der Eisenbahner. Fünzig Millionen Schilling sollen durch die 24. Novelle des ArbL.-B.-G. eripart und um 300 Millionen Schilling die Pölle erhöht werden.

Trotz des Saisonbeginnes gibt es, die Ausgesteuerten eingerechnet, um zehntausende Arbeitslose mehr als im Vorjahr. Die geplante Anleihe wird den Banken Profite, der Arbeiterschaft nur neue Lasten bringen. Die Tilgungs- und Zinsenlast wird das Proletariat mit seiner Muskelkraft bewältigen müssen. Die Lawine der Lohnreduzierungen, die unter dem Vorwande des Preisabbaues in Deutschland ihren Anfang genommen hat, wird vor den Grenzen Oesterreichs nicht halt machen. Die Stehrwerke haben bereits den Reigen eröffnet. Die Stilllegung von Betrieben, insbesondere im W.-Neuhäuser Industriegebiet, pflanzt sich weiter fort. Duster ist die Gegenwart, aber dunkel die Zukunft, wenn sich die Arbeiterschaft nicht losreißt aus der Bevormundung ihrer verbürgerlichten Führer.

Nur der revolutionäre Widerstand des Proletariats vermag die Janitscharen der Reaktion niederringen, die jede Erregung, jede bescheldene moderne Einrichtung, jedes freie Wort und Bild in Grund und Boden stampfen wollen. Mehr denn je gilt die Lehre des kommunistischen Manifestes von Karl Marx: Das Werk der Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiter selbst sein.

Josef statt. In dieser monarchistischen Umgebung haben trotz der neuen Novelle zum Waffenpatent, die monarchistischen Offiziere in voller l. k. Uniform und gezogenen Säbeln teilgenommen.

Das Infanterieregiment Nr. 4 der republikanischen Wehrmacht stellte 230 Mann für den Spalierdienst und die Ehrenwache. Eine Bechöhung der Republik ist die Tatsache, daß das Bundeskanzleramt offiziell an höhergestellte Bundesbeamte Einladungen zu dieser monarchistischen Kundgebung versandte und die Regierung durch den Bundeskanzler, den Finanzminister und Repräsentanten aller Ministerien vertreten war. Zum Ende der Feier wurde das Kaiserlied gesungen und der Berichterstatter der Reichspost erzählt: „Sie alle, die im Dom sind, singen mit“. Es muß sich erhebend für jeden Monarchisten ausgenommen haben, wie die Regierungsmitglieder der Republik das Kaiserlied sangen. Und sie alle haben doch auf die republikanische Verfassung geschworen. . . In Oesterreich besingt man noch den verstorbenen Kaiser und in Ungarn bejubelt man schon den jungen König.

Nach Hainisch Schuster?

Der Handelsminister Hainisch ist wegen des Abchlusses des Handelsvertrages mit Ungarn und Jugoslawien, der gegen seinen Willen (!) vorgenommen wurden, zurückgetreten. An die Stelle Hainischs soll Dr. Friedrich Schuster, der bekannte Großindustrielle und Scharfmacher, treten. Als Generaldirektor der Berg- und Hüttenwerke Rothschilde und Guimanns in Wiltowitz ist er der Arbeiterschaft als despotischer Arbeiterfeind bekannt. Schuster ist gegenwärtig Verwaltungsrat einiger Großbetriebe und Schachmeister der Heimwehren. Seine projektierte Ernennung zum Minister charakterisiert abermals den arbeiterfeindlichen Charakter der Regierung Schober. Schuster ist auch ein Freund Straßlachs und seine Ernennung läßt im Zusammenhang mit dem Anschlag auf die Eisenbahner keinen Zweifel offen, daß die Arbeiterschaft den schonungslosesten Angriffen ausgesetzt ist.

Sacher-Faschisten.

Zacher, das ist das erstarrigste Hotel Wiens. Das Hotel der Adeligen und der finanziellen Hocharistokratie. Das Hotel, das sein gewöhnlich Sterblicher betreten kann, denn es gehört viel, sehr viel Geld dazu, um in diesem extravagantem Hotel verkehren zu können.

In diesem Hotel hat die Bundesführung der Heimwehr und der unabhängigen Heimwehrgewerkschaft ihr Stammlokal. Dort treffen sich mit schwergepackten Briefstücken die „Kameraden“.

Um den „Oberkameraden“ Pabst zur Polizei vorladen zu können, erwarteten ihn dort die Kriminalbeamten. Per Auto fuhr „Kamerad“ Pabst sodann ins Polizeigeisenghaus und per Sondercrociplan nach Mussolinien, nach Venedig. Die Fahrt kostete 3000 Schilling.

Vom Sacher zu den Faschisten. Die Arbeiter haben sofort nach Bekanntwerden des Rendezvousplatzes der Heimwehrführer die treffende Bezeichnung für die jaher ausgehaltenen Soldrechte der Kapitalisten geprägt: Sacherfaschisten!

Die Auslandsdelegationen und die Opposition.

Das Internationale Komitee des Bundes der Freunde der Sowjetunion richtet an die Arbeiterschaft und die Arbeiterorganisationen Deutschlands, Englands, Irlands, Frankreichs, Belgiens, Hollands, der Schweiz, Spaniens, Luxemburgs, Österreichs, der Tschechoslowakei, Norwegens, Dänemarks, Schwedens und Kanadas den Appell, über Einladung des Zentralrates der Gewerkschaften der Sowjetunion im Juni und Juli d. J. Arbeiterdelegationen zu entsenden.

Im Verlaufe ihres Kampfes mit der offiziellen Führung der Komintern und ihrem Kerne, der Fraktion Stalin, hat die Internationale Linke und ihr voran die Russische Opposition unablässig, allen Entstellungen und Verleumdungen zum Trotz, ihre Solidarität mit den kommunistischen Arbeitern und ihrer Partei, ihre rückhaltlose Hingabe an den russischen Arbeiterstaat kundgetan: sie hat in ihrem Kampfe mit dem selbstzufriedenen Beamtentum, nicht einen Moment den Blick für die ganze Größe dessen verloren, was das Proletariat trotz der unfählichen Fehler der herrschenden Fraktion in Russland geschaffen hat und schafft. Im Gegenteil, dieses gigantische Werk fortzuentwickeln, es zu festigen, dem gilt ihre Existenz und Arbeit. Darum kann sie die Aufforderung des Bundes der Freunde der Sowjetunion nur mit wärmster Sympathie begrüßen. In der Abwehr der wilden Hege der bürgerlichen Weltpresse gegen die Sowjetunion und insbesondere in der Entlarbung der verachtungswürdigen Verleumderarbeit der sozialdemokratischen Führer aller Länder haben die Auslandsdelegationen stets einen wichtigen Platz eingenommen. Die Arbeiterdelegierten, die — aus den ständigen Zwingsburgen des Imperialismus kommend — eine neue, nie gekannte Atmosphäre proletarischer Freiheit in sich aufnehmen, mit eigenen Augen des Niesenwerkes proletarischer Schöpferkraft gewärtig werden, vermögen, wie kein anderer, ihrer Klasse ein lebendiges Bild des Sowjetlebens zu vermitteln, in einfachen und überzeugenden Worten, deren nur Proletarier fähig sind.

Der Aufruf zur Wahl der Delegierten erfolgt in einer Situation, die gekennzeichnet ist durch einen allgemeinen, in schärfstem Widerspruch zur objektiven Lage stehenden Rückgang der kommunistischen Bewegung. Das Abfluten der Massen vom Kommunismus hat leider auch ihr aktives, wachsameres Interesse für Sowjetrußland stark geschwächt. Um so energischer müßte die Aktion für die Entsendung der Arbeiterdelegationen in die Massen getragen werden. Doch

der ungeheure Druck, denn der Parteiapparat nach wie vor auf die Mitgliedschaft ausübt, schränkt auch in diesem Falle die Initiative und Bewegungsfreiheit des Arbeiterelementes ein. Nichts aber könnte den Wert und Zweck der Delegation mehr zunichtemachen, als künstliche, undemokratische Methoden ihrer Zusammenstellung, als bürokratische Kniffe und Kombinationen. Schulter an Schulter mit den revolutionären Arbeitern muß die Opposition dafür kämpfen, daß die Bildung der Delegationen wirklich das Werk einer lebhaften und interessierten Bewegung breiterer Kreise werde.

Indes sind die Aufgaben der Opposition damit nicht erschöpft. Den diesjährigen Arbeiterdelegationen fällt durch die objektiven Umstände notwendig eine besondere Bedeutung und Mission zu: können sie auch nicht der Arbeiterklasse die Klarheit über die allgemeine politische Bedeutung des Kampfes der russischen Linksoption verschaffen, dessen Sinn und Gehalt die offiziellen Führer systematisch verheimlichen und entstellen, können sie hingegen Licht in die „organijatorische“ Seite dieses Kampfes bringen. Und gerade die jüngste Phase des Unterdrückungsfeldzuges gegen die russische Opposition erheischt einen solchen Schritt mit unaufschiebbarer Notwendigkeit.

Zeit der Fälligkeit des proletarischen Revolutionärs und Mitgliedes der WAP. Blumkin ist eine geraume Zeit verfloßen. Die für diese Mordtat Verantwortlichen haben bis zur Stunde nicht ein klares Wort zu ihrer Rechtfertigung über die Lippen gebracht, sie haben es nicht gewagt, offen und mannhaft für ihre Tat einzustreten. Kein Wunder! In der ganzen Welt würde sich nicht ein revolutionärer Arbeiter bereit finden, die Ungehuerlichkeit, einen Kommunisten seiner oppositionellen Ueberzeugung wegen zu erschlagen, zu billigen. Doch schweigen die Täter, muß umso lauter und eindringlicher unser Ruf nach Aufklärung ertönen!

Der Schuß, der auf Stalins Befehl Blumkin niederstreckte, war der Auftakt zu einer an Grausamkeit und vernichtender Wirkung bisher unübertroffenen Verfolgungskampagne gegen die wegen ihrer oppositionellen Ueberzeugung in Kerker, Isolatoren, in den Einöden Sibiriens schmachtenden Kommunisten. Auf unseren Warnungsruf, auf unsere Forderung nach Aufklärung antwortet man mit dem niedrigen Versuch, uns die „Ablehnung des revolutionären Terrors“, die Bruderschaft mit Papst und Sozialdemokratie zu unterjochen. Doch das Gegenteil ist der Fall! Es ist die Anwendung der revolutionären Justiz gegen Revolutionäre, das heißt ihr gewissenloser Mißbrauch, den wir bekämpfen! Denn in der Tat wächst der freche Mut von Papst und Konterrevolution um so mehr, je wütender die Schläge gegen die Linksoptionellen werden.

In einer solchen Lage obliegt den Arbeitern, die von ihrer Klasse erwählt, das Leben unseres proletarischen Vaterlandes prüfen sollen, die Pflicht, an Ort und Stelle Aufklärung und Rechenschaft über die Unterdrückung oppositioneller Kommunisten zu verlangen. Man hat diese Forderung den sozialistischen Führern Westeuropas, den abgeheimten Verrätern des Proletariats, nicht abgeschlagen, als sie das Bestehen der eingekerkerten Menschewiki und Sozialrevolutionäre kontrollieren wollten, die zur Zeit der schwersten Kämpfe des russischen Arbeiterstaates in offener Feindschaft sich zu ihm verhalten hatten. Man kann um soweniger dies revolutionären Arbeitern abschlagen, die sich für die bewährtesten Kämpfer der Oktoberrevolution einsetzen.

Die linke Opposition, die durch das bürokratische Regime der Möglichkeit beraubt ist, ihre Forderung im Rahmen der Partei zu vertreten, wird in die Delegation ihre eigenen Vertreter entsenden. Sie wird sie damit beauftragen, mit aller Energie die Nachforschungen über das

Schickel Blumins und der anderen füllierten Genossen, über das Wohl und Wehe der eingekerkerten und verbannenen Kommunisten zu führen. Es ist die Ehrenpflicht aller revolutionären Arbeiter, auch ihrerseits die von ihnen gewählten Delegierten damit zu betrauen, die oppositio-

nellen Genossen mit Kraft und Nachdruck zu unterstützen. Sie müssen dafür Sorge tragen, daß in die Delegationen ehrliche und mutige Arbeiter gelangen, die Herz und Hirn am rechten Fleck haben und entschlossen sind, das Ihrige durchzusetzen.
Jan Frankel.

Was uns Arbeiter schreiben.

Sind wir Hunde?

Behandelt werden wir so!

Ich will einige Fälle aufzählen, wie Arbeitslose behandelt werden.

Ein Arbeitsloser will hinaus, Notdurft verrichten. Der Wächter beim Tor sagt: „Bei mir wird nicht hinaus gegangen, nehmt euch Flascherln mit!“

Ueber die langsame Abwicklung der Auszahlung sagt einer: „Schlamperei, heute geht's nicht weiter.“ Sofort jagt ihn ein Wächter, zerrt ihn puffend in den Korridor, nahm das Nationale ab. Der Arbeiter bekam eine Strafe von 6 Schilling oder 6 Stunden Arrest.

Mit einem Fahrrad blieb ein Arbeitsloser bei Genossen Koch stehen, um sich eine Anstalt einzuholen. Der diensthabende Wächter brüllte: „Verschwinden S', Sie versperren den Weg.“ Der Arbeitslose entfernte sich auf sich 4 Meter. Der Wächter brüllte nach: „Verschwinden S', hab' ich gesagt!“ Als er der Willkür nicht folgte, schleppte ihn die Wache unter Schlägen in den Rücken ab. Wegen „Anflehnung“ wurde er mit Arrest bestraft.

Eine Arbeitslose stellte einen Kinderwagen in den Hausflur. Ihr Mann beaufsichtigte das Kind. Wachmann Nr. 413 forberte den Mann auf, den Platz zu verlassen. „Ja, ich bed' nur das Kind noch zu!“ Der Wachmann Nr. 413 riß ihn aber vom Wagen weg und schleiderte ihn durchs Hausdor. Die arbeitslosen Frauen schrien erregt: „Bringt's gleich die Kinder um!“ Die Empörung nahm solche Formen an, daß der Wachmann bald Flucht bekommen hätte.

So wie hier die Arbeiter behandelt werden, ist dies ein deutliches Bild, wie rechtlos die Arbeiterschaft in dieser Republik ist. „Demokratie“ schwefelt man. In Wirklichkeit werden wir genau so wie Hunde und Sklaven behandelt, wie einstmal. Weil wir eben über uns immer noch die Herrschaft der Bourgeoisie haben.

Ein Grazer Arbeitsloser.

Warum der „Mahnruf“ verkleinert werden mußte.

Wir haben darüber bereits einmal Rechenschaft gegeben. Koch immer fragt man, warum? Wie oft sollen wir es noch sagen! Der „Mahnruf“ muß sich selbst erhalten, aus den Eingängen des Verkaufes. Nehmt Zeitungen, welche ihr wollt zur Hand, alle leben entweder von Geldzuschüssen ihrer Hintermänner oder von Annoncen.

Die Einnahmen vom Verkauf deckten vor der Verkleinerung knapp die Druckkosten. Durch die wirtschaftliche Notlage vielen Arbeitslosen wurde die Unterstützung entzogen, verlor der „Mahnruf“ Abnehmer. Außerdem erfolgten wieder Geldstrafen.

Um die Druckkosten zu bestreiten, mußte der „Mahnruf“ verkleinert werden. Gesinnungsgenossen, verbreitet den „Mahnruf“, werdet vor allem Annoncisten. Sobald die Einnahmen des Verkaufes auf diese Weise erhöht werden,

wird der „Mahnruf“ wieder im alten Format erscheinen können.

Was die J. V. K. Graz Genossen Koch erklärt.

Genec hätte die J. V. K. Graz Genossen Koch die Unterstützung schon einstellen wollen. Aber was für eine Begründung sollte sie anführen. „Mangelnde Arbeitswilligkeit?“ Arbeitsverweigerung?

Genosse Koch wies bei der J. V. K. nach, daß er trotz wiederholten Verlangens nicht vermittelt wurde.

Dr. Kranitsch antwortete: „Herr Koch, wir müssen offen sprechen. Sie dürfen niemals rechnen, daß Sie in Graz in einen Großbetrieb kommen. Vom Standpunkt der Unternehmer müssen Sie das verstehen. Jeder Unternehmer fürchtet Unruhestellungen. Wir werden versuchen, Sie zu einem kleinen Meister zu vermitteln, aber auch dort müssen wir sagen, mit wem er es zu tun hat, wer Sie sind.“

So will man unseren Gen. Koch ebenso aus Graz mit der Hungerpeitsche verreiben, wie Gen. Wetzl und Wagner, die in Graz ebenfalls keine Arbeit finden und um sich vor der vollkommenen Verelendung zu retten, Graz verlassen mußten.

Aus der Schule geplaudert.

Ein Arbeitsloser und ein Grazer Finanzdirektor kamen in ein Gespräch.

Finanzdirektor: Die Auszahlung geht ja flott heute, man darf nur nicht ungeduldig sein. Durch Arbeitsaufnahmen sind bedeutend weniger Arbeitslose.

Arbeitsloser: Weniger sind deshalb, weil vielen die Unterstützung wieder geraubt wurde.

Finanzdirektor: Ja, der Staat hat kein Geld, muß sparen.

Arbeitsloser: Für die Kapitalisten hat der Staat aber Geld.

Finanzdirektor: Na, wir glauben Sie, daß es anders wird?

Arbeitsloser: Diesen bürgerlichen Staat stürzen und die Arbeiter und kleinen Bauern müssen die Macht übernehmen.

Finanzdirektor: Das ist einseitige Verhegung. Aufklärung, das ja, damit es nicht so viel Dumme gibt!

Arbeitsloser: Ja, wenn es keine beschränkten Arbeitslosen gäbe, würden Sie sich ihnen gegenüber auch nicht alles erlauben dürfen.

Finanzdirektor: So lange es Dumme gibt, kann man mit ihnen machen, was man will.

Ein Arbeitsloser.

Tretet aus, aus der Heimwehrkirche!

Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Karl Daniel, Metallarbeiter, Wien, 5. Bez., Gartengasse 1. — Im Auftrage der kommunistischen Opposition Oesterreichs (Linke Kommunisten): Verleger: Hans Thoma, Holzarbeiter, Wien, 2. Bez., Rosarogasse 24. — Druck: „Adria“, Wien, 2. Bez., Tabakstraße 52 b.